Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 30 | Montag, den 30. Januar | Jahrgang 1928

Einheitsfront des Zentrums.

Die Sitzung des Reichsparteiausschusses.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: Berlin, 29. Januar.

Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Zentrumspartei, die bekanntlich nach der persönlichen Seite bereits ihre Erledigung gefunden hatten, bildeten den ersten und wichtigsten Gegenstand der eingehenden Aussprache in der außerordentlich stark besuchten Sonntagssitzung des Reichsparteiausschusses, der am Samstag eine mehr als fünfstündige Sitzung des Parteivorstandes vorangegangen war.

Die Verhandlungen des Parteiausschusses leitete

Reichskanzler Dr. Marx

mit einer Rede ein, in der er alle schwebenden Fragen der inneren und äußeren Politik berührte. Er führte aus:

Die augenblickliche Lage der deutschen Politik und der Deutschen Zentrumspartei machen es erforderlich, daß in der heutigen Sitzung des Reichsparteiausschusses Klarheit über die vergangene und gegenwärtige Politik geschaffen, die Aufgaben der nächsten Zukunft erörtert und damit auch die Aufgaben der Zentrumspartei klargestellt werden. Entsprechend der großen Tradition der Zentrumspartei werden wir bei Besprechung dieser Dinge uns allein von den

Notwendigkeiten für das gesamte Volk und Vaterland

leiten und unsere Beschlüsse nach den unseren Grundsätzen entsprechenden Richtlinien fassen müssen.

Es wird von niemand in unserem Lager angezweifelt und von vielen deutschen Volksgenossen außerhalb unseres Lagers anerkannt, daß die Zentrumspartei gerade in den vergangenen neun Jahren seit der Neuordnung des deutschen Staatswesens hervorragende Verdienste an der Entwicklung des deutschen Volkes und der deutschen Republik hat. Mit Stolz weisen wir darauf hin, daß wir die einzige Partei sind, die seit 1919 noch niemals sich der Verantwortung entzogen hat, die für die Parteien einer demokratischen Republik eigentlich selbstverständlich sein sollte. Die Zentrumspartei hat hierbei sich sicherlich nicht von Ehrgeiz oder Rücksicht auf Vorteile, sondern lediglich aus dem Gesichtspunkte gewissenhafter Pflichterfüllung leiten lassen. Parteiegoismus hätte andere Wege gewiesen.

Unsere Außenpolitik hat in den schwersten Jahren der deutschen Nachkriegszeit die Entscheidungen getroffen, die die Grundlage für die weitere Fortführung der Außenpolitik bis heute gewesen sind. Wir haben mit Genugtuung feststellen können, daß die Parteien, die unserer Außenpolitik in den ersten Jahren der Nachkriegszeit nicht glaubten folgen zu können, heute dieser Politik zustimmen und bereit sind, sie mit uns fortzusetzen. Man kann heute mindestens mit dem Recht, wie es andere Länder vor ihren Parlamenten tun, vom Deutschen Reichstag sagen, daß er

in außenpolitischen Dingen eine Einheitsfront

bildet. Der beste Beweis ist die Fraktionsrede des deutschnationalen Abgeordneten Wallraf vom 20. Januar d. J. und die eindringliche Art, mit der er einer Verständigung mit Frankreich das Wort redet.

Innenpolitisch hat das kluge und entschlossene Eintreten der Zentrumspartei für die Schaffung und Verteidigung einer geordneten Rechtsgrundlage des deutschen Staatswesens zur Folge gehabt, daß wir aus den Krisenzuständen und den revolutionären Gärungen der Jahre 1918, 1919 und 1920 sehr bald zu einer inneren Ordnung gekommen sind, die der Ordnung anderer Staaten, die keine Revolution erlebt haben, mindestens gleichgestellt werden muß.

Die deutsche Republik ist heute gesichert.

Auch Parteien, die bisher mit größerer oder geringerer Entschiedenheit die heutige Staatsform ablehnten, helfen in Wirklichkeit an der Festigung dieser Staatsordnung mit.

Der materielle Wohlstand unseres Volkes beginnt sich wieder zu festigen. Die deutsche Innen- und Außenpolitik hat den Kräften der deutschen Wirtschaft, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern die Möglichkeit zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geschaffen. Es ist in der Geschichte aller Völker noch nie dagewesen, daß ein Volk, das einen so gewaltigen Zusammenbruch erlebt hat, in so kurzer Zeit wieder zu einer derartigen Festigung der materiellen Lebensbedingungen gekommen ist.

In kultureller Hinsicht sind die Meinungskämpfe im deutschen Volke gerade zur Zeit sehr stark. Der Politik ist es nicht möglich, diese Meinungskämpfe, die aus den verschiedenen Weltanschauungen ihren Antrieb erhalten, zu einer Einheit zusammenzuführen. Die deutsche Kultur- und Geistesentwicklung ist in den Jahrhunderten der Vergangenheit Wege gegangen, die zu dem heutigen Zustand geführt haben. Wir haben es als unsere Aufgabe betrachtet, die gesunden Kräfte deutscher Volkskultur zu erhalten und insbesondere die sittlichen Kräfte, die aus den Quellgründen des Christentums geboren sind, zu festigen und ihnen Geltung im öffentlichen Leben und im Volksleben zu verschaffen. Ohne andere Weltanschauungen zu unterdrücken oder zu vergewaltigen, ist uns auch diese Aufgabe gelungen. In kluger Mäßigung und in Erfüllung unserer Gewissenspflicht hoffen wir, daß im deutschen Volke sich unsere Auffassungen friedlich einfügen in die großen Kulturaufgaben, die dem deutschen Volke in der Welt gesetzt sind.

Die großen Aufgaben der deutschen Politik der nächsten Zukunft sind uns klar vorgezeichnet. Wir sind uns dessen bewußt, daß unsere Arbeit nie zu Ende geht, daß sich täglich neue Aufgaben uns aufdrängen.

Von einer Betrachtung unserer außenpolitischen Aufgaben will ich absehen, weil die weitere Entwicklung der Außenpolitik und die Fortführung der in London und Locarno festgelegten Richtlinien von dem Ergebnis der Wahlen in den verschiedenen Ländern abhängt. Daß die deutsche Außenpolitik zielbewußt den Weg

von Locarno zur endgültigen Befriedung Europas

und der Welt weitergehen wird, dafür wird die deutsche Zentrumspartei bis zum letzten alle ihre Kräfte einsetzen.

Die innere Ordnung unseres Staatswesens ist eine gefestigte, trotzdem verschließen wir uns nicht der Mängel und Fehler, die unsere gegenwärtige Staatsordnung aufweist. Wir sehen die Fehler und Mängel der parlamentarischen Demokratie und lehnen es ab, demokratische Auffassungen anderer Länder in unserer deutschen Republik nachzuahmen. Deutsche Demokratie muß auf den Kräften deutschen Volkslebens aufbauen. Diese Kräfte müssen die äußere Form und die innere Ordnung der deutschen Demokratie bestimmen. Die deutsche Zentrumspartei bejaht die Staatsordnung, die auf den Grundsätzen der Demokratie aufgebaut ist, sie bejaht die Verfassung von Weimar in ihren Grundsätzen und bejaht die republikanische Staatsordnung.

In den letzten Wochen glaubten manche Kreise

eine Meinungsverschiedenheit leitender Stellen der Zentrumspartei

feststellen zu können. Davon kann in keiner Weise die Rede sein. Die Zentrumspartei hält unentwegt an den Beschlüssen der maßgebenden Parteiinstanzen fest: sowohl an dem Beschluß des Parteitags von Kassel vom November 1925, der dahin ging:

„die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei ... Zur Erfüllung der Aufgaben (positive Mitarbeit) ist eine klare, entschlossene, positive Einstellung zur Staatsform umsomehr geboten, je abhängiger die Staatsform vom Willen des Volkes ist. Darum bekennt sich die Zentrumspartei zur deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist und deren Schutz und Durchdringung mit christlichem Geist sie als ihre Aufgabe und Pflicht betrachtet"

als auch an dem Beschluß des Reichsparteiausschusses von Erfurt (Oktober 1926), der sagt:

„Die Zentrumspartei braucht nicht erneut zu versichern, daß sie zur Weimarer Verfassung steht und in der deutschen Republik die Staatsform erblickt, auf deren Grundlage allein die Einheit und Unversehrtheit des deutschen Reiches und der Wiederaufstieg des deutschen Volkes erreicht werden können."

In Vertiefung dieses Gedankens heißt es dann in dem Manifest der Reichstagsfraktion vom Januar 1927:

„Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der Deutschen Republik mit ihren Symbolen. Sie hat dem deutschen Volke seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg."

Die Republik steht fester als je. Fraglich ist aber, ob in ausreichendem Maße weite Volkskreise für die Lebensnotwendigkeiten des Staatswesens hinreichendes Verständnis haben und vor diesen Notwendigkeiten alle egoistischen und Standesinteressen zurücktreten lassen. Tatsächlich sehen wir doch noch, daß weite Gruppen des deutschen Volkes immer wieder Forderungen an den Staat und die öffentlichen Gewalten richten, ohne diese Forderungen in das Ganze einzuordnen und das eigne Wohl dem öffentlichen Wohle, wenn erforderlich, unterzuordnen. Bestand und Blüte des Staates sind aber nur dann gesichert, wenn die Ordnung des Gemeinwesens nach den Grundsätzen des Gemeinwohls erstrebt wird.

Der Staat und die Politik des Staates können deswegen nicht auf Gruppenmeinungen aufbauen und deren Willen erfüllen, sondern müssen rücksichtslos über egoistische Wünsche einzelner Volksgruppen sich hinwegsetzen, wenn das Wohl des Ganzen es erfordert. Die deutsche Zentrumspartei kann mehr als andere Parteien sich zum Verdienst anrechnen, daß sie nach diesen Grundsätzen die Politik geführt hat. Der innere Ausbau in Weimar und insbesondere auch die Neuordnung nach dem Zusammenbruch und der Inflation waren nur möglich, weil die Zentrumspartei und die von ihr gestellten verantwortlichen Staatsmänner sich über die Interessenwünsche einzelner Gruppen hinweggesetzt und das Wohl des Ganzen im Auge hatten. Wir sehen auch heute, daß

immer wieder einzelne Gruppen mit ihren Interessenorganisationen die deutsche Politik in Bahnen zu lenken suchen,

die nicht mit den Grundsätzen des Gemeinwohls übereinstimmen. Wir sprechen den Ständen nicht das Recht ab, für ihre berechtigten Interessen sich einzusetzen und dafür sich Organisationen zu schaffen. Diese Organisationen können aber nicht die politischen Parteien beherrschen wollen.

Verschiedene wirtschaftliche Organisationen haben tadelnde Worte über den Klüngel der parlamentarischen Staatsordnung gefunden, und sie selbst sind es, die dieses parlamentarische System für ihre Zwecke auszunutzen suchen. Wir bemühen uns in unserer Partei bewußt, Angehörige aller Stände und Berufe zu sammeln und in verantwortliche politische Körperschaften zu entsenden. Wir tun es, um gerade so alle Auffassungen der Stände und Berufe in schwierigen Fragen der Politik kennen zu lernen und dann nach Gewissenspflicht und im Bewußtsein der Verantwortung für das ganze Volk die Entscheidungen treffen zu können, die notwendig sind. Das ist alte Zentrumstradition, und diese Tradition werden und müssen wir fortsetzen.

Bei der Auswahl der Kandidaten für die politischen Körperschaften

können wir uns nie und nimmer Persönlichkeiten aufdrängen lassen, deren politische Willensrichtung den Wählern nicht bekannt ist.

Alle Instanzen der Partei müssen sich bei der Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Wahlen von dem Grundsatz leiten lassen, nicht einen Kandidaten deshalb abzulehnen, weil er einem bestimmten Berufsstande angehört, aber ihn nur dann anzunehmen, wenn sein politisches Glaubensbekenntnis bis zum letzten bekannt ist. Es muß ein selbstverständlicher Grundsatz für alle Parteiinstanzen sein, nur die Kandidaten zu berücksichtigen, die seit Jahren öffentlich sich zum Zentrum bekennen und die Grundsätze der Partei auch in ihrem gesamten öffentlichen Wirken angewandt haben.

Unser Listenwahlsystem trägt die Gefahr in sich, die Listen nicht mehr mit Persönlichkeiten einheitlicher politischer Willensrichtung zu besetzen, sondern

die Zusammensetzung allzu sehr nach Standesrücksichten

vorzunehmen. Wir werden auch die nächsten Wahlen nach dem Listensystem durchführen müssen, so sehr auch, wenigstens die große Mehrheit der Partei, die Abschaffung der Listen als eine dringende politische Aufgabe zur Rettung der politischen Demokratie ansieht.

Leider ist es nicht möglich, noch im gegenwärtigen Reichstag die Frage des Wahlrechts neuzuordnen. In weitem Umfange lassen sich aber die Mängel [illegible] die zur Aufstellung der Kandidaten zuständigen Stellen in der Auswahl der Persönlichkeiten mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorgehen. Innere Gesinnung des Abgeordneten ist für die Zentrumspartei das Wesentliche, nicht der Stand des einzelnen. Die Fraktionen müssen in ihrer Zusammensetzung möglichst eng der Zusammensetzung der Gesamtpartei angepaßt sein. Die Fähigkeit, wertvolle Arbeit im Parlament, namentlich in den Ausschüssen zu leisten, muß als eine der vornehmsten Voraussetzungen betrachtet werden. Die Wertschätzung der Zentrumspartei ist in besonderem Maße davon abhängig, ob sie tüchtige und kenntnisreiche Mitarbeiter für die Aufgaben des Parlaments zu stellen in der Lage ist. Tüchtigkeit muß gepaart sein mit Opferwilligkeit. Gerade die Zentrumspartei muß von dem Gedanken ausgehen, daß das Parlament nicht der Tummelplatz für ehrgeiziges Streben sein darf, vielmehr die Arena für den Wettkampf ideal-gerichteter Männer und Frauen, die ihre beste Kraft einsetzen wollen zum Wohle der Gesamtheit.

Als weitere Notwendigkeit der Festigung unserer Staatsordnung ergibt sich die Aufgabe, zu einer

klaren, zeitgemäßen, einfachen, natürlichen Gesetzgebung

zu kommen, die eine klare Abgrenzung einerseits der Aufgaben der öffentlichen Gewalt und der Aufgaben des freien Volkslebens enthält, andererseits eine klare Abgrenzung der Aufgaben der Staatsgewalt und der Selbstverwaltung zum Ziele haben. Es ist der Fragenkomplex Reich, Länder und Gemeinden. Die große Länderkonferenz der Reichsregierung hat in dieser Frage äußerlich fast nur negative Ergebnisse erzielt. Sie hat gezeigt, was möglich ist und was nicht möglich ist. Einig war sie in dem Gedanken, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist und daß auch die Aufgabe der Länder und die Abgrenzung dieser Aufgabe nur zum Ziele haben kann, den einheitlichen Reichswillen zu sichern. In der Zentrumspartei sind die Meinungen über eine

zweckmäßige Neuordnung der Aufgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden

geteilt. Man ist einig darin, daß unsere Grundauffassung die Auffassung einer föderalistischen Staatsordnung ist; nur denken sich die einzelnen Gruppen unter dieser föderalistischen Grundeinstellung Verschiedenes. Die einen glauben, daß föderalistische Auffassung das Festhalten an dem Bestehenden bedeute; die anderen glauben, daß der Föderalismus im Bismarck'schen Reich nur nach dynastischen Gesichtspunkten, nicht nach der natürlichen Gliederung des Volkes durchgeführt worden sei. Diese zweite Auffassung ist nach meiner Ueberzeugung die richtige. Ich glaube, daß darin die Einigungsformel für unsere Partei liegen muß. Wir wollen, daß der Wille des Reiches von starken Gliedern dieses Reiches gebildet werde. Wir wollen deshalb diese Willensbildung überhaupt ermöglichen, indem wir den Teilen des Reiches die staatsrechtliche Möglichkeit der Sammlung geben. Die Zentrumspartei hat einen Neunerausschuß aus Mitgliedern der Reichstagsfraktion und verschiedener Landtagsfraktionen gebildet, der hoffentlich recht bald seine Vorschläge der Partei unterbreiten wird.

Daß mit der Neuordnung des Reiches auch eine Aenderung der Verwaltung, Vereinfachung und klarere Ordnung vorgenommen werden muß, ist weniger eine Frage politischer Natur, als vielmehr eine Frage verwaltungstechnischer Zweckmäßigkeit. Mit Recht wird darüber geklagt, daß unsere Verwaltung zu kompliziert, daß die Kompetenzen nicht klar abgegrenzt und der Apparat der Verwaltung zu sehr bürokratisiert sei und deswegen die zahlenmäßige Besetzung des Verwaltungsapparates zu groß sei. Wir werden in dieser Frage zu weitgehenden Reformen

Heute Stresemann-Rede im Reichstag.

Der deutsch-litauische Schiedsvertrag unterzeichnet.

Berlin, 29. Jan. Die deutsch-litauischen Verhandlungen über den Abschluß eines Schiedsvertrages haben gestern zu einer Einigung geführt. Die Verhandlungen wurden jedoch abends um 7,30 Uhr abgebrochen, da um 8 Uhr in der litauischen Gesandtschaft ein Essen stattfand, an dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann sowie der litauische Ministerpräsident Woldemaras teilnahmen. Die Verhandlungen sind dann heute vormittag fortgesetzt und formal zum Abschluß gebracht worden. Auch in einigen der weiteren Fragen, die zur Besprechung standen, ist eine Einigung erzielt worden, bis auf die Frage des Handelsvertrages, der in weiteren Besprechungen geklärt werden soll. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat Berlin heute nachmittag um 18,40 Uhr verlassen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird morgen mittag in Berlin und Kowno ein offizielles Kommuniqué veröffentlicht.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird morgen im Reichstage eine große außenpolitische Rede halten, in der er auch über die Verhandlungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten und den Schiedsgerichtsvertrag berichten wird.

★

Dr. Stresemann Ehrendoktor der Universität Heidelberg.

(:) Heidelberg, 29. Jan. Die staatswissenschaftliche Kommission der philosophischen und juristischen Fakultät der Universität Heidelberg hat unterm 26. Januar 1928 dem verantwortlichen Leiter der deutschen Außenpolitik, Reichsminister Dr. Gustav Stresemann, Titel und Würde eines Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen.

In der von dem Vorsitzenden der Staatswissenschaftlichen Kommission, Professor Andreas, unterzeichneten Urkunde heißt es, daß die Verleihung der Würde des Ehrendoktors an den Reichsaußenminister erfolgte, weil er hochverdient um die Befestigung von Staat und Wirtschaft, durchdrungen von Deutschlands Recht auf Leben und Freiheit, mutig und trotz aller Widerstände und Rückschläge als Bahnbrecher einer Politik der geistigen Annäherung und friedlichen Verständigung der Völker sich eingesetzt und weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus Achtung und Ansehen errungen hat.

Militärerhebung in Rußland?

Meuternde Regimenter angeblich auf dem Marsch nach Moskau.

Polnische Gerüchte.

◆ Warschau, 29. Jan. In Wilna hat sich das Gerücht verbreitet, daß in Rußland eine Militärerhebung ausgebrochen sei. General Tuchatschowski, der mit dem Regime Stalins unzufrieden ist, soll an die Spitze von einigen meuternden Kavalleriedivisionen und Artillerieregimentern nach Moskau marschieren. Für die Nachrichten fehlt jedoch jede Bestätigung.

★

Bezahlt Rußland seine Schulden an Frankreich?

)!(Paris, 29. Jan. Ministerpräsident Poincaré empfing gestern den neuen Pariser Botschafter der Sowjetunion Dogalewski. Wie verlautet, hat sich die Unterhaltung auf die Wiederaufnahme der französisch-russischen Schuldenverhandlungen bezogen. Man glaubt, daß Poincaré dem Sowjetbotschafter die Bedingungen mitteilte, unter denen allein auf normale Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu hoffen sei und daß zu diesem Zweck Rußland die internationalen Gepflogenheiten achten und auf jede revolutionäre Propaganda in Frankreich verzichten müßte. Des weiteren soll Poincaré als eine der Hauptbedingungen auf die Regelung der Schuldenfrage hingewiesen haben.

Ebenfalls auf die Schuldenverhandlungen bezieht sich ein Brief, den der Vorsitzende der Gruben- und Petroleumkommission der Kammer und der Vorsitzende der Kammerkommission für die befreiten Gebiete in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der französischen Delegation für die Verhandlungen mit Rußland an Poincaré gerichtet haben. In diesem Brief wird um beschleunigte Einberufung der Konferenz gebeten.

kommen müssen; in dieser Frage besteht innerhalb der Zentrumspartei keine Meinungsverschiedenheit.

Mit besonderem Interesse verfolgt die deutsche Oeffentlichkeit die Aufstellung des Etats im Reiche, in den Ländern und Gemeinden und drängt auf größtmögliche Ersparung. Unsere Fraktion und die der Zentrumspartei angehörigen Mitglieder der Reichsregierung und Länderregierungen sind sich dieser Aufgabe bewußt. Wir haben in der Zentrumspartei eine weitgehende Aufklärung bereits darüber vorgenommen, welche Posten des Etats zwangsläufig sind, d. h. sich aus den Ausgaben für die aus Krieg und Inflation geschaffenen Zwangsläufigkeiten ergeben. Diese Ausgaben sind so gewaltig, daß sie einen großen Teil der Mehrausgaben gegenüber der Vorkriegszeit ausmachen. Die Möglichkeiten der Ersparnisse sind aus diesem Grunde fast ganz beschränkt auf die Ausgaben, die sich aus der Verwaltung ergeben. Die Parteien des Reichstags und des Landtags haben die schwierige Aufgabe, sich all der an sich gewiß vielfach berechtigten Forderungen zu widersetzen, die auf eine weitere starke Belastung des Etats hindrängen. Wir müssen immer die öffentliche Meinung anrufen, um diesem Drängen Einhalt zu tun. Unsere Zentrumsabgeordneten sind entschlossen, diesem Drängen zu widerstehen, und erfüllen damit eine staats- und nationalpolitische Notwendigkeit.

In diesem Gedankenzusammenhang ist in der Zentrumspartei auch die Frage der

Erhöhung der Beamtenbesoldung

erörtert worden. Es ist ohne Zweifel richtig, daß die Erhöhung der Besoldung, die von allen Seiten als notwendig anerkannt worden ist, eine gewaltige Belastung der Etats des Reichs, der Länder und Gemeinden zur Folge hat. Es ist das Verdienst der Zentrumspartei, daß aus diesen Ueberlegungen sich Forderungen für die Zukunft ergeben haben, die auf eine Verminderung der Beamtenzahl hinzielen. Eine Beschränkung der Beamtenzahl, die im Reich, in den Ländern und den Organen der Selbstverwaltung notwendig ist, wird mit der Neuordnung der Verwaltung hoffentlich rascheste Fortschritte machen, sodaß dann von selber die Ausgabenposten für die Besoldung der Beamten sich in den nächsten Jahren vermindern.

Die Sorge für die sozialen Belange

hat in der Zentrumspartei stets eine wesentliche Bedeutung gehabt. Auch die Frage der Beamtenbesoldung ist ein Teil der sozialen Fragen. Wenn über die hinter uns liegende Regelung starke Meinungsverschiedenheiten in der Zentrumspartei entstanden sind, so handelt es sich nicht um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur um die Frage, ob die geschehene Regelung im einzelnen tatsächlich richtig erfolgt ist, oder ob ihr Mängel und Fehler anhaften. Hierüber wird ja des Näheren im einzelnen zu sprechen sein. Hervorheben möchte ich einen Gesichtspunkt, über dessen Bedeutung wir alle einig sind: ein geordnetes Staatswesen kann nach unserer Ueberzeugung nur bestehen, wenn ein kenntnisreicher, zuverlässiger, charakterfester Beamtenstand vorhanden ist.

Am Berufsbeamtentum muß auch in der deutschen Republik unter allen Umständen festgehalten werden,

wenn sie nicht an innerer Stärke verlieren und in ihrer gesunden Entwicklung bedroht sein soll. Dabei kann als durchaus berechtigt eine Untersuchung darüber als wünschenswert bezeichnet werden, ob nicht im Laufe der Jahre eine über das Maß hinausgehende Ausdehnung der Beamtenverwendungen stattgefunden hat. Wenn unzweifelhaft feststeht, daß sehr viele und weite Zweige der Verwaltung die Verwendung beamteter Kräfte als notwendig erscheinen lassen, so gibt es andererseits doch auch jetzt mit Beamten besetzte Stellen, die unbeschadet der Sicherheit der Verwaltung auch mit Angestellten besetzt werden können. Hier eine Veränderung eintreten zu lassen, wird Gegenstand sorgfältiger Prüfung der nächsten Jahre sein müssen.

Den Ruhm einer wahrhaft sozialen und für das Wohl aller Stände besorgten Partei in ganz hervorragendem Maße zu sein, darf und wird sich die Zentrumspartei niemals nehmen lassen. Den

mächtigen Fortschritt der sozialen Gesetzgebung,

der seit 1919 unverkennbar zu verzeichnen ist, verdankt das deutsche Volk in erster Linie dem vorbildlichen, sachkundigen und opferwilligen Wirken unseres Reichsarbeitsministers Dr. Brauns. Unter den Erfolgen des gegenwärtigen Kabinetts wird der Abschluß des großartigen und in aller Welt einzig dastehenden Gesetzgebungswerks der Arbeitslosenversicherung stets mit Dank und Anerkennung genannt werden. Sozialpolitik zu treiben ist echte Zentrumspolitik. Gerechtigkeit und Billigkeit, seit je Leitsterne für die Zentrumspartei bedingen eine sorgfältige, verständnisvolle Abwägung der berechtigten Interessen der verschiedenen Stände unter sich und mit den Staatsnotwendigkeiten. Neben dem Mittelstand, dessen Interessen seit je von der Zentrumspartei erfolgreich wahrgenommen worden sind, verlangt

die zur Zeit unverkennbar große Notlage der Landwirtschaft

energische Hilfe des Staats und der Gesetzgebung. Daneben darf in keiner Weise die Sorge für die Arbeiterschaft zurücktreten. Je mehr ein Stand der Hilfe bedarf, je gedrückter seine soziale Lage ist, je schwerer die von ihm zu verrichtende Arbeit auf seinen Schultern lastet, umso stärker, umso liebevoller und umso warmherziger muß die Sorge sein, die die Zentrumspartei auf dem Gebiete der Politik um ihn entfaltet. Mit der Hilfe auf dem gesetzgeberischem Wege darf aber die Aufgabe echt sozialen Wirkens nicht erschöpft sein. Höchst unvollkommen ist der vielfach erhobene Ruf „Dem Arbeiter muß sein Recht werden". Das Recht soll und darf dem Arbeiter in keiner Weise gekürzt werden. Wir als Zentrumsanhänger, die das Ideal einer vollkommenen sozialen Volksordnung anstreben, wollen mehr für ihn: wir wollen, ausgehend von unseren christlichen Grundsätzen, auch ein liebevolles Verständnis für die Nöte und Belange des Arbeiterstandes in immer weiteren Kreisen des Volkes anregen und zur Entfaltung zu bringen suchen. Moderne christliche Nächstenliebe zeigt sich gerade im vollen Verständnis des einen Standes für die Bedürfnisse des anderen, wobei auf dem engen deutschen Raume ein geordnetes Wirtschaftsleben nur dann gesichert ist, wenn die in Produktion und Konsumtion aufeinander angewiesenen verschiedenen Zweige der deutschen Volkswirtschaft eine Verständigung suchen und finden.

Heute kann ich die für die Zentrumspartei und ihre Politik geltenden Gesichtspunkte nur kurz erwähnen. Sie müssen in weitestem Umfange erfüllt werden, wenn wir unseren auf demokratischer Verfassung errichteten Staat zu einem lebenskräftigen und segensreich wirkenden, zu einem wahren Volksstaat im besten Sinne des Wortes machen wollen.

Ueber allem Materiellen steht der Staat, die Gemeinschaft des Volkes.

Unsere Währung, die Festigkeit unseres Etats, die Erfüllung der uns obliegenden Reparationsschuld bis an die Grenze des Möglichen muß das Erste und das Primäre sein. Die Sorge für die Wohlfahrt der einzelnen Stände muß dem allgemeinen Staatswohle untergeordnet bleiben, nur die Grundsätze von Recht und Billigkeit auf die Ausgleichung der verschiedenartigen Interessen zur Anwendung zu bringen. Grundlage und Fundament unseres Staatswesens muß

Schutz und Pflege christlicher Kultur

sein und bleiben, ein Ziel, das von der Zentrumspartei seit jeher als vornehmste Aufgabe betrachtet worden ist. Das Vordrängen materiellen, egoistischen Sinnes im öffentlichen und privaten Leben sind Zeichen, daß wahrhaft christliche Kultur und Gesinnung auch noch nicht alle Volkskreise erfaßt haben, die sich formell oder auch mit befriedigtem Stolze Christen nennen. Die Mammonisierung des öffentlichen Lebens muß auf das entschiedenste bekämpft werden. Jeder einzelne Zentrumsanhänger muß in Amt und Beruf, muß im privaten Leben und im öffentlichen Leben, muß im Verkehr mit den Mitmenschen und auch seinen Untergebenen klar erkennen lassen, daß die Grundsätze des Christentums nicht nur in der Kirche, sondern auch im bürgerlichen Leben von ihm aufs gewissenhafteste befolgt und in die Tat umgesetzt werden.

Mit vollem Recht leben wir der Ueberzeugung, daß auch im staatlichen Interesse die Erziehung der Jugend nach christlichen Grundsätzen eine vordringliche Aufgabe der Zentrumspartei sein muß.

Die Erziehung in einer konfessionellen Schule

sehen wir als die erste Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles an. Die Zentrumspartei wird deshalb unter keinen Umständen irgendwie davon absehen, mit aller Entschiedenheit und aller Kraft ein christliches Schulgesetz zu erstreben, das gemäß den Bestimmungen der Verfassung von Weimar das Elternrecht und die Gewissensfreiheit wahrt und eine den Anschauungen der Konfessionen voll entsprechende konfessionelle Schule in ihrem Bestande und in ihrer Entwicklung sichert. Ich würde es als eine Verletzung der Gewissenspflicht angesehen haben, wenn wir nicht mit aller Entschiedenheit dahin gewirkt hätten, den Entwurf eines Schulgesetzes dem Reichstag zur Beratung vorzulegen. In dieser Frage handelt es sich um unverzichtbare Grundsätze. Hier muß die Taktik zurücktreten, hier müssen sich die Zentrumsanhänger, dem Beispiel der Vorfahren entsprechend, mutig und unerschrocken zu den Grundsätzen bekennen, die seit je ein Stolz der Zentrumspartei waren, und mit aller Kraft deren Anerkennung in der Gesetzgebung erkämpfen.

Mit vorbildlichem Eifer haben sich die Zentrumsmitglieder des Bildungsausschusses im Reichstag der Erreichung dieses Zieles gewidmet. Ob das Schulgesetz zur Zeit zustandekommt, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden. Die Zentrumspartei wird einem Schulgesetz nur dann zustimmen, wenn ihre Grundsätze in ausreichendem Maße gewahrt sind.

Wenn ich versucht habe, die Tätigkeit und die Aufgaben der Zentrumspartei in Vergangenheit und Zukunft in Kürze zusammenfassend darzustellen, so geschieht das in der Absicht und dem herzlichen Wunsche, daß unsere heutige Beratung von neuem die völlige Einmütigkeit der Zentrumspartei bezeugt, daß wir als zielbewußte, tatkräftige und geschlossene Partei in den kommenden Wahlkampf eintreten, von dem in hohem Maße die Entwicklung Deutschlands in den nächsten Jahren abhängt. Einig im Ziel, einig in den Aufgaben.

Die Diskussion.

An das Referat des Parteivorsitzenden schloß sich eine sehr gründliche Aussprache über alle schwebenden Fragen, insbesondere auch über die Vorgänge der letzten Zeit innerhalb des Zentrums an. Das Wort nahmen u. a. der Gewerkschaftsführer Kaiser-Köln, die Abgeordneten Imbusch, Stegerwald, Baumhof und Reichsfinanzminister Köhler, ferner die Abgeordneten Ulitzka, Joos, v. Guérard, Giesberts, Dr. Schreiber und Frau Weber sowie die Minister Brauns und Hirtsiefer. Die mit völligem Freimut geführte Diskussion trug zu einer wesentlichen Klärung der strittigen Probleme bei und ergab schließlich eine völlige Uebereinstimmung, insbesondere auch darüber, daß innerhalb der Zentrumspartei über die Notwendigkeit und den Wert des Berufsbeamtentums Einmütigkeit besteht. Das Resultat der Aussprache fand seinen Niederschlag in folgender einmütig gefaßter

Entschließung:

Die in der letzten Zeit innerhalb der Zentrumspartei entstandenen Meinungsverschiedenheiten haben dem Reichsparteiausschuß Veranlassung gegeben, die Gesamtlage und bevorstehenden Aufgaben in eingehender Aussprache zu klären. Diese Klärung ist mit dem Ernst und dem Verantwortlichkeitsgefühl erfolgt, die der Augenblick erheischt und hat klar erkennen lassen, wie unerschütterlich die innere Gebundenheit in der gesamten Grundeinstellung der Deutschen Zentrumspartei ist. Der Reichsausschuß gibt den Angehörigen der Partei im Lande mit Genugtuung davon Kenntnis. Zugleich lenkt er die Aufmerksamkeit der Gesamtpartei auf die Erfüllung der sozialen Grundgedanken, die von jeher das Fundament der Deutschen Zentrumspartei ausgemacht haben.

Die Deutsche Zentrumspartei kann ihrem innersten Wesen nach nur eine christliche und soziale Volkspartei sein. Für sie waren soziale und politische Entwicklung stets aufs tiefste miteinander verbunden. Jahrzehntelang hat sie die deutsche Sozialpolitik führend beeinflußt. Auch in der deutschen Republik hat sie die sich aus den gewaltigen Umschichtungen ergebenden Aufgaben entschlossen aufgegriffen und in den verschiedensten Koalitionen schrittweise zu lösen sich bemüht. Sie ist sich dessen bewußt, daß neue dringliche Fragen der Lösung harren.

Weite Kreise des werktätigen Volkes in der Arbeiterschaft, im Mittelstand und der Landwirtschaft haben, in den Wirren der letzten Jahre denjenigen Anteil am Ertrag ihrer Arbeit nicht zu erringen vermocht, der ihnen zu ihrem Aufstieg und zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben im Volksganzen zukommen muß. Alternde Arbeiter und Angestellte stehen gewaltigen Existenzschwierigkeiten gegenüber, viele kinderreiche Familien haben nicht das zum Leben Notwendige. Noch immer sind eine halbe Million Familien im Deutschen Reiche ohne Wohnungen.

Darum müssen die Arbeitnehmer an dem Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft durch Hebung ihres Lohneinkommens und ihrer Arbeitsbedingungen in steigendem Maße Anteil nehmen. Alternde Arbeiter sind gegen rücksichtslose Brotlosmachung zu schützen. Die Invaliden der Arbeit, Werkspensionäre und Kleinrentner bedürfen angesichts der allgemeinen Verarmung einer besseren Sicherung ihrer Existenz. Die Finanzierung des Wohnungsbaues muß unter allen Umständen bis zur Beginn der Bauperiode sicher gestellt sein.

Die Urproduktion in Industrie und Landwirtschaft bedarf mit Rücksicht auf unsere schwierige Lage in der Weltwirtschaft besonderer planmäßiger Förderung. Durch sparsame Finanzwirtschaft und beschleunigte Verwaltungsreform muß dem Mittelstand und Handwerk, Handel und Gewerbe sowie für die Landwirtschaft eine Entlastung von dem Druck von Steuern und Abgaben herbeigeführt werden. Die Zentrumspartei wird diesen dringenden Zeitaufgaben mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzgeberischen Möglichkeiten gerecht werden.

Gesetzgeberische Maßnahmen allein genügen nicht. Sie bedürfen einer Ergänzung durch eine Verwaltung, die nicht nur an vorhandenen Gesetzen, sondern vom lebendigen Verständnis und warmem Mitgefühl für die Volksnöte orientiert ist. Gesetzgebung und Verwaltung können ihre vollen Früchte nur bringen, wenn verständnisvolles Mitwirken und Zusammenwirken aller Volksschichten im Lande sie tragen. Kastengeist und Klassenvorurteile haben in der Deutschen Zentrumspartei keine Heimat.

Die Zusammenfassung aller Schichten unter dem einigenden Gedanken einer christlichen Kultur, sozialer Gerechtigkeit und wahrer Volksverbundenheit im deutschen Volksstaat bleibt das unverrückbare Ziel der Deutschen Zentrumspartei. Der Reichsparteiausschuß erwartet von der Fraktion des Reichstags, daß sie sich für die baldige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes, das unseren kulturpolitischen Grundsätzen entspricht, mit aller Kraft einsetzt.

Die Deutsche Zentrumspartei hat nach dem Zusammenbruch unter unsäglicher Mühe und in treuer vaterländischer Pflichterfüllung alles getan, um das deutsche Volk aus der Zerrissenheit, Erniedrigung und wirtschaftlichen Zusammenbruch wieder empor zu führen. Der Reichsparteiausschuß spricht der Gesamtpartei, der Parteiführung und den Fraktionen Dank und Anerkennung für diese verdienstvolle Arbeit aus.

Alle Angehörigen der Partei in Stadt und Land ruft der Parteiausschuß auf, durch Treue, Einigkeit und Geschlossenheit der Partei zu ermöglichen, ihre erfolgreiche Arbeit weiter fortzusetzen. Ein starkes und geschlossenes Zentrum ist eine politische Notwendigkeit für eine glücklichere deutsche Zukunft.

Dank an Marx.

Am Schluß der Tagung, die von heute morgen 10 Uhr bis 8 Uhr mit einstündiger Mittagspause gedauert hat, sprach der Senior der Partei Abg. Herold dem Parteivorsitzenden Reichskanzler Dr. Marx Dank und Vertrauen der Partei aus. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutsche Zentrumspartei und ihren verdienten Vorsitzenden Dr. Marx.

Wahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Ungefähr dasselbe Ergebnis wie im Juli.

v **Neu-Strelitz, 29. Jan.** Die Neuwahlen zum Mecklenburg-Strelitzer Landtage fanden heute unter außerordentlich starker Beteiligung statt. Im Gegensatz zu der vorjährigen Wahl, bei der die Beteiligung etwa 65 Prozent betrug, gingen heute rund 80 Prozent der Wähler an die Wahlurne. Die Deutschnationalen haben ihren Stand ungefähr gehalten. Dagegen gewannen die Sozialdemokraten rund 4000 Stimmen. Im einzelnen entfielen, soweit die bisherigen amtlichen Feststellungen ergeben haben, an Stimmen und Mandaten auf die Parteien folgende Zahlen:

Sozialdemokraten 19 264 Stimmen und 13 Mandate (am 3. Juli 1927 12 Mandate), Haus- und Grundbesitzer 553 und 1 (1), Komm. 3564 und 2 (3), Handwerk und Gewerbe 5172 und 4 (4), Deutschnat. 10 606 und 9 (10), Aufwertungs- und Volksrechtsp. 886 und 1 (0), Deutsche Volkspartei 1825 und 1 (1), Ver. Erbpächter 1414 und 1 (0), Deutsch.-Völk. Freiheitsbewegung 1960 und 1 (1), Kleinlandwirte 665 und 0 (1), Dorfbund 559 und 0 (0), Demokraten 2362 und 2 (2), Deutsche Ref.-Partei 128 und 0 (0).

Das Gesamtergebnis läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die bürgerlichen Parteien erobern den 20. Sitz, während sie vor einem halben Jahre nur 19 Sitze bekommen hatten. Ziffernmäßig verlieren die Mittelparteien zugunsten von Wirtschaftsgruppen. Die Sozialdemokraten haben von den Kommunisten einen Sitz erhalten. Der andere Sitz ist von den sozialistischen Parteien zu den Bürgerlichen gegangen.

Runkel über die Haltung der Volkspartei zum Schulgesetz.

o **Halle, 29. Jan.** In einer vom Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei gelegentlich einer großangelegten Tagung der Kreisgruppe West in Eisleben veranstalteten öffentlichen Kundgebung sprach der Kulturpolitiker der Deutschen Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Runkel, über die volksparteiliche Mitarbeit am Reichsschulgesetz. Sollten, sagte er, die durch die Presse bekannt gewordenen ultimativen Forderungen des Zentrums an die Volkspartei Tatsache werden, wonach zu den Paragraphen 9, 14 und 20 die von der Mehrheit des Ausschusses angenommenen Anträge zurückgenommen werden sollten, so müsse er auf das bestimmteste erklären, daß die Deutsche Volkspartei in diesen Punkten keine Zugeständnisse machen könne, da sie ebenso wie die anderen Parteien hier grundsätzliche Forderungen vertrete. Runkel sieht für diesen Fall den weiteren Beratungen über das Reichsschulgesetz sehr pessimistisch entgegen, da auch die Deutsche Volkspartei über die Forderungen der ersten Lesung hinaus ihrerseits noch prinzipielle Forderungen zu erheben habe. Wenn das Reichsschulgesetz nicht zustande kommt, müsse die Deutsche Volkspartei die Verantwortung hierfür den Parteien überlassen, die ihre Minderheitsforderungen der Mehrheit aufdrängen wollten.

Die Diebstähle im Landtage.

× **Berlin, 29. Jan.** Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Sonnabend mit den Haushalten des Landtages und des Staatsrates. Dabei kam es zu lebhaften Klagen aller Parteien über die zunehmende Unsicherheit im Landtag. Präsident Bartels teilte mit, daß im Januar sieben Diebstähle im Landtag vorgekommen seien. Nach Ansicht der Kriminalpolizei lägen politische Gründe für diese Diebstähle nicht vor. Die Haushalte des Landtages und des Staatsrates wurden angenommen.

Die Bekämpfung der Splitterparteien.

Berlin, 28. Jan. Die Besprechung der Regierungsparteien über Maßnahmen zur Einschränkung des Splitterparteiwesens sind, wie das VDZ.-Büro hört, heute in ihren Grundzügen zum Abschluß gekommen. Reichsinnenminister v. Keudell wird im Laufe der nächsten Woche den Parteien bestimmte Vorschläge unterbreiten, die dann von den Parteiführern der großen Parteien des Reichstages, einschließlich der Demokraten und Sozialdemokraten durchberaten werden sollen.

Die neue Dienstkleidung bei der Reichspost.

* **Berlin, 29. Jan.** Der Reichspräsident hat auf Vortrag des Reichspostministers die Einführung der neuen Dienstkleidung für die Beamten der Deutschen Reichspost genehmigt. Damit ist eine von langer Hand vorbereitete Angelegenheit zu Ende gebracht, die einen doppelten Zweck verfolgt, nämlich die Schaffung einer einheitlichen Dienstkleidung der Postbeamten für das ganze Reichsgebiet, sodann die Beseitigung der früheren zahlreichen Uniformvorschriften, die veraltet und durch die Entwicklung überholt sind.

Grundfarbe für Joppe und Mütze ist dunkelblau, für Hose und Ueberkleidung schwarz. Die Joppe kann künftig in zwei Formen getragen werden, entweder geschlossen wie jetzt oder offen mit Umlegekragen in der Form der Zivilkragen. Die Mütze enthält künftig anstelle der dreiteiligen Besatzstreifen einen solchen aus dunkelblauem Samt mit orangefarbigem Vorstoß. In der Mitte des Besatzstreifens wird vorn die Reichskokarde (schwarzer Reichsadler mit roter Zunge und roten Fengen im goldenen Rundschild), umgeben von einem schmiedesilbernen Eichenkranz, darüber die Landeskokarde angebracht sein. Die Ueberkleidung bleibt im wesentlichen unverändert. Die Achselstücke sind verschwunden, an ihre Stelle treten einfache Gradabzeichen auf Spiegel aus dunkelblauem Samt, die zur Kennzeichnung der Postbeamten den Reichsadler mit Posthorn aufweisen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

— **Warschau, 28. Jan.** Die Beratungen der deutschen und der polnischen Wirtschaftsvertreter dauerten heute den ganzen Tag an. Vormittags tagten die vier Fachkommissionen, und zwar die landwirtschaftliche, die chemische, die Holz- und die Kohlen-, Hütten- und Metallkommission. Nachmittags fand die zweite und letzte Plenarsitzung der Konferenz statt, in der die Berichte über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen verlesen wurden. Es wurde auf beiden Seiten festgestellt, daß die Beratungen sehr nützliche und positive Erfolge für die künftige Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen gezeitigt hätten, und es wurde beschlossen, zwecks Fortsetzung der aufgenommenen Arbeiten weiterhin den Kontakt zwischen den erweiterten Vorständen der beiden Delegationen aufrecht zu erhalten.

Nach Abschluß der Beratungen fand in der kaufmännischen Ressource ein Empfang statt, zu dem u. a. erschienen waren der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, der Vorsitzende der deutschen Handelsdelegation Minister a. D. Hermes, der Vorsitzende der polnischen Delegation Minister a. D. Twardowski, der Vizeminister für Handel Dr. Dolezal, der Direktor des Departements des Außenministeriums Jakowski sowie zahlreiche Vertreter der Behörden, der Wirtschaftskreise usw. Abends fand in den Räumen der deutschen Gesandtschaft ein Empfang statt.

Deutsche Zahlungen an Norwegen und Spanien.

Entschädigungen aus der Kriegszeit.

:: **Berlin, 28. Jan.** Die von der norwegischen Regierung während und nach dem Kriege wiederholt gemachten Forderungen auf Entschädigung Norwegens für die von dem deutschen Reich während des Krieges getroffenen Maßnahmen sollen nunmehr auf Grund einer freundschaftlichen Vereinbarung durch Zahlung eines Betrages von 6,6 Millionen RM. aufgewogen werden, den die norwegische Regierung zum Ausgleich von Härten bei der Entschädigung von Familien infolge des Krieges ums Leben gekommener norwegischer Seeleute zu verwenden beabsichtigt.

Madrid, 28. Jan. Die deutsche Regierung hat Spanien drei Millionen Goldmark zurückerstattet als erste Rate der Ausgaben, die der spanischen Regierung bei Ausbruch des Weltkrieges durch Internierung von in Kamerun ansässigen Deutschen erwuchsen. Gleichzeitig kündigte die deutsche Regierung die baldige Zahlung der zweiten Rate an.

Die neuen amerikanischen Kreuzer.

× **London, 29. Jan.** Der Kontreadmiral Beuret, der Chefkonstrukteur der amerikanischen Kriegsmarine, erklärte nach Washingtoner Meldungen vor dem Marinekomitee des Repräsentantenhauses, daß die in dem Flottenbauprogramm vorgesehenen 25 neuen Kreuzer mit Acht-Zoll-Langrohrgeschützen ausgerüstet werden sollen. 20 000 Mann und 825 Offiziere werden für die Bemannung der neuen Flotteneinheiten benötigt. Jeder der Kreuzer werde etwa 68 Millionen Mark kosten. Admiral Beuret betonte, daß die neuen Kreuzer schneller sein würden als irgend ein anderer Kreuzertyp, und daß ihre Ausrüstung wie ihre Bepanzerung das beste darstellen würden, was dem amerikanischen Marinekonstruktionsbüro bisher bekannt sei.

Das Eisenbahnunglück in Birma.

:-: **Rangoon, 28. Jan.** Die Wagen des Zuges Mandalay-Rangoon, die ungefähr 170 Kilometer von Rangoon von einer Brücke herabstürzten, wurden vollkommen zerstört. Da die Trümmer noch nicht vollkommen aufgeräumt werden konnten, ist es nicht möglich, die genaue Anzahl der Verunglückten anzugeben. Insgesamt wurden bisher vierzig Tote geborgen.

Der Ausbruch des Krakatau.

⊙ **Amsterdam, 28. Jan.** Telegraphischen Meldungen aus Batavia zufolge ist in der Tätigkeit des Vulkans Krakatau seit heute früh eine Veränderung eingetreten. Es strömt jetzt nur noch Gas aus, während die Auswürfe von Gestein und festen Bahnmassen aufgehört haben. Der unterirdische Donner dauert jedoch an. Unter der Bevölkerung Westjavas hält die Besorgnis und Unruhe noch unvermindert an. Die gesamte Küstengegend von Bantam ist verlassen. Im Gebiet von Labban sind 7000 Chinesen in das Hinterland geflüchtet. Der gesamte Handel in der Küstengegend ist still gelegt.

★

Tragischer Tod eines französischen Missionars in China.

⊙ **Paris, 29. Jan.** Nach im Ministerium des Aeußern eingetroffenen Nachrichten ist ein französischer Missionar in Oloow in China getötet worden, der zwei jungen chinesischen Mädchen zu Hilfe eilte, als zwei chinesische Soldaten ihnen Gewalt antun wollten.